

der Abteilung für Kaderfragen im MdI, nicht in vollem Umfang erkannt. Es wurden zuwenig prinzipielle Kontrollen durchgeführt und die Ergebnisse nicht gründlich genug ausgewertet. Vor allem aber wurde kein entschiedener parteimäßiger Kampf um die Überwindung der bekannten Grundmängel geführt.

Die Nichtdurchführung dieses Kampfes ist letztlich Ausdruck für das noch nicht vorhandene notwendige tiefe Verständnis der Beschlüsse von Partei und Regierung und hat demzufolge vor allem politisch-ideologische Ursachen. Sie zeigen sich vor allem darin, daß die Genossen es nicht verstanden haben, sich auf die Kraft der Parteiorganisation zu stützen und sich demzufolge des wichtigsten Mittels zur Verbesserung ihrer Arbeit selbst berauben.

Erst sehr spät wurde mit Auseinandersetzungen in den Parteigruppen und in der Grundorganisation begonnen, so daß sich erst jetzt eine Wende abzuzeichnen beginnt. Was hier für die Abteilung Kaderfragen im MdI, verantwortlich für zentrale Nomenklaturkader, gesagt wurde, das gilt ebenso, man kann es durchaus verallgemeinern, für viele andere Parteiorganisationen im Staatsapparat.

Wenn die Frage beantwortet werden soll, welche Garantien zu schaffen sind, um solche ernsten Mängel und Schwächen in der Kaderpolitik schnell zu überwinden und die klassenmäßige Stärkung des Staatsapparates allseitig zu gewährleisten, dann erscheint es notwendig, die große Verantwortung der Parteiorganisationen im Staatsapparat zu betonen, besonders aber auf die Verantwortlichkeit der Leitungen der Parteiorganisationen für die Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Prinzipien in der Kaderarbeit hinzuweisen.

Nehmen wir zum Beispiel die Frage bestimmter Konzentrationen: Die Parteileitungen der Grundorganisationen im Staats- und Wirtschaftsapparat sollten gemeinsam mit den leitenden Genossen und in Abstimmung mit den jeweiligen leitenden Parteiorganen Maßnahmen zur schrittweisen Überwindung aller Konzentrationen ehemaliger Angehöriger der NSDAP, faschistischer Dienstgrade und bürgerlicher Kräfte festlegen.

Die Beseitigung solcher Konzentrationen müßte in erster Linie in den Finanzorganen, in den Bauämtern, in den Abteilungen Handel und Versorgung und in den WB bis spätestens Ende des Jahres abgeschlossen sein. Mit allem Nachdruck sollten die Parteiorganisa-